

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
24. März 2014

Beginn der Sitzung: 18:08 Uhr
Ende der Sitzung: 20:57 Uhr

Ort: Waldshut, Öffentliche
Katholisches Gemeindehaus Sitzung

31.

Asylbewerberunterbringung Schmitzinger Straße: Vertrag mit dem Landratsamt

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und begrüßt Frau Sabine Schimkat, Dezernatsleiterin beim Landratsamt Waldshut.

Frau Schimkat gibt Erläuterungen zu der in der Sitzungsvorlage ausführlich dargestellten Thematik und appelliert, dem Vorhaben zuzustimmen.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich, warum im westlichen Bereich des Landkreises, z. B. Bad Säckingen und Wehr keine Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber angeboten würden. Frau Schimkat erläutert, dass man Objekte in Augenschein genommen habe, diese jedoch sehr renovierungsbedürftig seien.

Stadtrat Harald Würtenberger, Freie Wähler-Fraktion, möchte wissen, ob die Kosten der Folgesanierung im Mietvertrag berücksichtigt seien.

Oberbürgermeister Albers stellt klar, dass man diese Kosten einkalkuliert habe. Der Landkreis trage die Kosten für den Brandschutz zu 100 %.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, fragt, ob es durch die Unterbringung der Asylbewerber zu einem Engpass bei der Unterbringung von Obdachlosen kommen werde.

Oberbürgermeister Albers erläutert, dass durch die momentan angespannte Wohnungssituation die Obdachlosenzahl steigen werde. Oft können Personen, die von einer Wohnungsräumung betroffen seien, bei Verwandten oder Bekannten untergebracht werden. Hausbrände gebe es selten. Wenn die Zahl der Obdachlosen zunehmen sollte, käme die Anmietung eines Gebäudes oder die Aufstellung von Containern in Frage. Bislang sei das nicht der Fall.

Frau Patricia Schweikert, beim sozialen Dienst des Landratsamtes für die Betreuung der Asylbewerber zuständig, stellt mittels einer Präsentation die Betreuungstätigkeit vor. Im Wesentlichen teile man den Alltag mit den Asylbewerbern, gebe Hilfestellung in bürokratischen Angelegenheiten, dem Asylverfahren und sonstigen auftretenden Schwierigkeiten. Von Montag bis Freitag sei jeden Tag eine betreuende Person anwesend.

Oberbürgermeister Albers berichtet von einem gemeinsamen Beschwerdebrief benachbarter Anwohner aus dem Bereich der Wohnblöcke in der Schmitzinger Straße. Es gehe dabei um Ruhestörungen, Beschwerden wegen Verschmutzung und Gestank. Ein Bewohner sammelte Kupferdraht und schmelze die Drahtummantelung im Ofen weg. Dies habe jedoch nichts mit den Asylbewerbern zu tun. Weiter werde darauf hingewiesen, dass dicht am Fahrbandrand spielende Kinder durch zu schnell fahrende Autos gefährdet würden. Man werde die Anwohner zu einem Treffen einladen.

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, stellt fest, dass eine Betreuung zwar, wie vorgetragen, von Montag bis Freitag gewährleistet sei, möchte jedoch wissen, wie die Betreuung Samstags und Sonntags aussehe. Frau Schweikert antwortet hierauf, dass es

keine 24-Stunden-Betreuung sei. Außerhalb der Betreuungszeiten sowie am Wochenende müsse man sich im Notfall an Polizei und Feuerwehr wenden.

Oberbürgermeister Albers erkundigt sich nach Meldungen aus dem Publikum. Es werden keine Wortmeldungen vorgebracht.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Gebäude Schmitzinger Straße 69 nach Fertigstellung des Neubaus an der Badstraße dem Landkreis Waldshut weitere 3 Jahre mit einer Verlängerungsoption um 2 x 1 Jahr zu vermieten. Der Mietpreis beträgt bis zum 31.12.2015 3.480,- € je Monat, ab 01.01.2016 3.680,00 € je Monat jeweils zuzüglich Nebenkosten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

32.

**Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Vordere Rohhalde“, Gurtweil:
Aufstellungsbeschluss**

Stadtrat Josef Rimmele, CDU-Fraktion, begibt sich aus Gründen der Befangenheit in den Zuhörerbereich.

Bürgermeister Beck berichtet, dass Ernst Kaiser vom gleichnamigen Planungsbüro in der vorangegangenen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses den Bebauungsplan vorgestellt habe. Der Bau- und Umweltausschuss habe anschließend einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat die Zustimmung zum in der Sitzungsvorlage formulierten Beschluss zu empfehlen.

Roswitha Szymkiewicz teilt auf Frage des OB bezüglich des zeitlichen Ablaufs mit, dass, sofern keine Probleme auftreten, am Ende dieses Jahres der Satzungsbeschluss gefasst werden soll.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, der in der Begründung zum Bebauungsplan eine Aussage zur Gastronomie vermisse, erläutert Roswitha Szymkiewicz, dass Gastronomiebetriebe Gewerbebetriebe seien und deshalb zulässig seien.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Vordere Rohhalde“, Stadtteil Gurtweil nach § 2 Abs. 1 BauGB. Der beigefügte Bebauungsplanentwurf und die Kurzbegründung (Entwurf) sind Bestandteile des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

Stadtrat Josef Rimmele hat wegen Befangenheit an Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

33.

Endgültige Herstellung und Widmung der Erschließungsanlage „Tugoweg“ (zwischen Bahnhofstraße und Schulstraße), Tiengen Beschluss

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Auf Nachfrage von Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, erläutert Peter Schäuble, dass die Anlieger 2012 informiert wurden, dass nach Fertigstellung und Widmung der Erschließungsanlage Erschließungsbeiträge auf sie zukommen werden. Sie werden nun ein Schreiben über die zu erwartende Höhe der Erschließungsbeiträge erhalten.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Erschließungsstraße „Tugoweg“, Waldshut-Tiengen, Stadtteil Tiengen (zwischen Bahnhofstraße und Schulstraße), dem öffentlichen Verkehr als Ortsstraße im Sinne von § 3 Abs. 2 Ziffer 2 i.V. §§ 2 und 5 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg gewidmet wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

34.

Bauvoranfrage Beratung und Verkauf von Tiernahrung mit Zubehör, Porschestraße 22, Tiengen: Zentrenrelevanz von Zooartikeln

Oberbürgermeister Albers schildert den in der Sitzungsvorlage dargestellten Sachverhalt und erläutert, dass es zunächst darum gehe zu entscheiden, ob bezüglich der Bauvoranfrage für das Grundstück Porschestraße 22 einer Befreiung zugestimmt werde. Des Weiteren solle darüber entschieden werden, ob Zooartikel wie bisher als zentrenrelevant oder künftig als nicht zentrenrelevant einzustufen seien. Es stelle sich außerdem die Frage, ob als Entscheidungshilfe ein Gutachten in Auftrag gegeben werden soll.

Stadtrat Josef Rimmele, teilt mit, dass die CDU-Fraktion nach Beratung in der Fraktions-sitzung, zum Schluss gekommen sei, die Beauftragung eines Gutachtens zu befürworten.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, äußert, dass seine Fraktion vorschlage, einer Befreiung zuzustimmen und bezüglich der grundsätzlichen Einstufung von Zooartikeln, diese weiterhin als zentrenrelevant zu belassen. Die Entscheidung für eine Befreiung begründet er mit einer Gleichbehandlung gegenüber Fressnapf. Im jetzt vorliegenden Fall liege die Verkaufsfläche sogar näher an der Innenstadt. Das Anbieten von Tieren halte man für fraglich, da diese artgerecht betreut und versorgt werden müssen. Hierüber sollte deshalb im Einzelfall entschieden werden. Eine gutachterliche Prüfung halte die SPD-Fraktion für sinnvoll.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, möchte wissen, warum die Genehmigung bereits zwei Jahre nach Beendigung der Nutzung nicht mehr gültig sein solle.

Bürgermeister Manfred Beck erläutert, dass man in diesem Fall von einem Wegfall des Bestandschutzes spreche. Der Betrieb des Zoohandels liege schon über zwei Jahre zurück und zwischenzeitlich habe eine Nutzung durch einen Teppichhandel mit nicht innenstadtrelevantem Sortiment stattgefunden.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser teilt mit, dass sich die GRÜNE-Fraktion gegen eine Änderung des Zentrenkonzeptes und gegen einen Wegfall der Innenstadtrelevanz für Zooartikel ausspreche. Man sehe ansonsten einen Schaden für die Geschäfte in der Innenstadt.

Stadtrat Harald Würtenberger, äußert für die Freie Wähler-Fraktion, dass man sich von der damals erteilten Befreiung von der Regelung eingeholt sehe und aus Sicht des Kunden ein Problem sehe, wie nun eine abweichende Entscheidung begründet werden sollte. Seine Fraktion sei deshalb für eine Befreiung für den angefragten Standort, jedoch nicht für eine Änderung des Zentrenkonzeptes.

Bürgermeister Beck erläutert, dass, wenn ein so großer Baumarkt wie der neu zu bauende Toom-Markt zugelassen werde, dies über die Ausweisung eines Sondergebietes laufe. Es können dann Festsetzungen für einzelne Sortimente festgelegt werden.

Oberbürgermeister Albers meint, dass seiner Ansicht nach im vorliegenden Fall eine Entscheidung für, sowie auch gegen eine Befreiung vertretbar sei. Er selbst neige dazu, eine Befreiung nicht zuzulassen. Er erinnert daran, dass man den von Zoohandlung Eckert gewünschten Umzug in den alten OBI verhindert habe. Er sehe mit Sorge, wie sich immer mehr Handelsketten am Hochrhein ausbreiten. Man solle dem Innenstadtkonzept die Treue halten.

Stadtrat Günter Heinrich äußert, dass man seiner Meinung nach, eine Befreiung nicht erteilen sollte, bevor nicht ein Gutachten über die Innenstadtrelevanz von Zooartikeln vorliege. Man habe bald nur noch Ausnahmegenehmigungen.

Oberbürgermeister Albers formuliert die nachfolgenden Beschlussanträge.

1. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, für die Bauvoranfrage Verkauf vor Tiernahrung mit Zubehör auf dem Grundstück Porschestraße 22, Tiengen im Untergeschoss eine Befreiung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 8 Ja-Stimmen
mehrheitlich abgelehnt

2. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, ein Gutachten in Auftrag zu geben mit der Fragestellung, ob Zooartikel, Tiernahrung und Tierpflegeprodukte als zentrenrelevante oder nicht zentrenrelevante Sortimente einzustufen sind.

Abstimmungsergebnis:

Bei 5 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

35.

Kunstrasenplätze:

a) Bericht über Besichtigungsfahrt

Oberbürgermeister Albers berichtet über die am 18. März stattgefundene Exkursion „Kunstrasenplätze im Vergleich“ und lässt die vorbereitete Bild-Präsentation vorführen. Er hatte Mitglieder des Gemeinderats, Vertreter der drei Fußballvereine, FC Tiengen, VfB Waldshut und SC Eschbach sowie mit dem Thema befasste Mitarbeiter der Verwaltung zu einer, in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Ernst Kaiser organisierten Besichtigungs- und Informationsfahrt zu 6 neueren Kunstrasenplätzen im Schwarzwald eingeladen.

b) Grundstück hinter Langenstein-Stadion

Oberbürgermeister Albers zeigt anhand einer Präsentation die vom Planungsbüro Ernst Kaiser erarbeiteten Standortvarianten für den Kunstrasenplatz des FC Tiengen.

Die Stadt ist Eigentümer von Flächen in westlicher Richtung schräg gegenüber des Langenstein-Stadions. Zwei mögliche Varianten lägen auf diesen Flächen. Von Nachteil wäre die Lage, wie der Oberbürgermeister erläutert, da sie etwas entfernt vom Stadion liege sowie näher an der Wohnbebauung. Die Einholung eines Lärmschutzgutachtens wäre erforderlich.

Wie Oberbürgermeister Albers weiter vorträgt, liege die favorisierte Fläche direkt neben dem Stadion. Von Vorteil wäre die räumliche Nähe wegen der Nutzung der bestehenden Sanitären Anlagen und des Parkplatzes. Die hierfür benötigte Fläche sei im Eigentum der Katholischen Kirche. Planer Ernst Kaiser habe vorgeschlagen, die Flächen mit der Kirche zu tauschen.

Oberbürgermeister Albers habe in dieser Sache mit Mitarbeitern des Ordinariats Freiburg Gespräche geführt. Für die Kirche komme ein Flächentausch nicht in Frage, sie wäre jedoch verkaufsbereit. Die Preisvorstellung der Kirche liege bei 30,00 €/m², die Stadt wäre bereit, höchstens 20,00 €/m² zu bezahlen. Bei einer benötigten Fläche von 10.000 m² ergebe sich eine Preisdifferenz von 100.000 €.

Eine Option sei, den Kunstrasenplatz etwas in Richtung Norden zu verschieben, so dass er teilweise auf städtischem Gelände liegen würde und sich die von der Kirche benötigte Fläche etwas reduzieren würde.

Geprüft werde außerdem die Option, 6.000 bis 8.000 m³ arsenbelasteten Bauaushub aus der Baustelle in der Bahnhofstraße zu verwenden. Man würde damit Deponiekosten sparen und könne so einen Teil des Kaufpreises decken. Der Aushub müsste allerdings bis zu seiner Verwendung auf der Baustelle zwischengelagert werden, was auch Kosten verursache.

Stadtrat Harald Würtenberger erkundigt sich nach der Möglichkeit, den Platz noch weiter nördlich auf städtisches Gelände zu verschieben.

Ernst Kaiser vom gleichnamigen Planungsbüro antwortet hierauf, dass sich die Lage aus städtebaulichen Gründen parallel zum Stadion orientiere. Man sei mit der Verschiebung bereits am Maximum.

Oberbürgermeister Albers erläutert, dass es noch die Variante gebe, den bestehenden Rasenplatz mit einem Kunstrasen auszurüsten. Er schlage vor, mit der Kirche weiterzuverhandeln und auf den Bescheid des Landratsamtes bezüglich des Einverständnisses für die Verwendung des Erdaushubs abzuwarten. Allerdings stehe man unter Zeitdruck. Wenn aus Gründen der Kostenersparnis die Aufträge für alle drei Plätze zusammen vergeben werden sollen, sollte der Platz in Tiengen in Planung sein.

Ernst Kaiser teilt mit, dass angedacht gewesen sei, sich unmittelbar nach der Exkursion festzulegen. Wenn der Platz in Eschbach termingerecht hergestellt werden solle, könne man sich nur eine Verzögerung von 14 Tagen leisten. Der Ort müsse feststehen, damit ausgeschrieben werden könne.

Oberbürgermeister Albers schlägt vor, 1. die Angelegenheit in der Sitzung am 7. April zu behandeln, 2. eine Eilentscheidung zu treffen, wenn alles geklärt sei und abzusehen sei, dass die Mehrkosten nicht mehr als 120.000 € betragen.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser bittet um die Erstellung einer Auflistung, was für und gegen den jeweiligen Standort spreche. Er teilt auch mit, dass sich die GRÜNE-Fraktion gegen eine Eilentscheidung ausspreche. Auf weitere drei Tage komme es dann auch nicht mehr an.

Stadtrat Wolfgang Hörr, SPD-Fraktion, merkt an, dass das alte Langensteinstadion aufgrund der Nähe zum Wald und dem damit verbundenen erheblichen Pflegeaufwand weniger geeignet sei für die Anlegung eines Kunstrasenplatzes als der neu angedachte Platz.

Oberbürgermeister Albers formuliert den nachfolgenden Beschluss-Antrag.

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt den Oberbürgermeister eine Eilentscheidung zu fällen, wenn der Betrag der Mehrkosten 120.000 € nicht übersteigt.

Abstimmungsergebnis:

Bei 5 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

36.**Generalsanierung Stadthalle und Hallenbad Waldshut:
Information aus dem Stadtentwicklungsausschuss**

Oberbürgermeister Albers erläutert, dass die Architektengruppe eine Kostenberechnung aufgestellt habe. Die Voraussetzungen hätten sich in einigen Punkten geändert und die Kosten sich deutlich erhöht. Unter anderem sei bei der Brandmeldeanlage jetzt auch eine akustische Führung im Brandfall nötig (Kosten: 210.000 €). Die vorhandene Technik könne nicht mehr genutzt werden. Ebenso erhöhen sich die Nebenkosten für die Planung. Die Gesamtkosten für das Projekt stiegen von bisher geschätzten 13,5 Mio. auf jetzt 19,4 Mio. €.

Hochbauamtsleiter Martin Gruner erläutert weiter, dass zusätzlich 1,15 Mio. € für Ausstattung ausgegeben werden müssen. Diese Kosten seien bisher nicht berücksichtigt. Insgesamt komme man so auf Gesamtkosten von ca. 20,5 Mio. €.

Oberbürgermeister Albers erklärt, dass es zwei möglichen Varianten gebe, die wären: 1. weiterplanen mit den jetzt höheren Kosten, 2. Abstriche machen. Dies sei nicht einfach. So müsse überlegt werden, auf was verzichtet werden könne und ob die damit erreichten Mindestkosten im Verhältnis stehen zum Wegfall des jeweiligen Nutzens.

Der Oberbürgermeister erläutert weiter, dass nun für den Gemeinderat verschiedene Einsparvarianten erarbeitet werden sollen, z.B. Wegfall der Sauna, Wegfall der Hallenbad-Erweiterung, Wegfall der Erweiterung der Stadthalle, Verzicht auf Foyer und Anbau oder Verkleinerung der Erweiterung. Der Stadtentwicklungsausschuss solle sich in gesonderter Sitzung damit beschäftigen.

Zum jetzigen Zeitpunkt sollten Kostencontroller eingeschaltet werden, die prüfen, ob es aus ihrer Sicht noch andere Möglichkeiten gebe.

Oberbürgermeister Albers weist darauf hin, dass weitere größere Projekte anstehen, welche ebenfalls auch noch nicht konkret beziffert seien, wie z. B. die Sanierung der Freibäder.

Stadträtin Petra Thyen erkundigt sich, ob die Variante Abriss und Neubau geprüft worden sei.

Oberbürgermeister Albers antwortet hierzu, dass diese Frage in der Ausschusssitzung geklärt worden sei. Abriss und Neubau käme auf jeden Fall teurer. Man habe zu den gleichen Posten die Rohbaukosten zusätzlich.

Stadtrat Harald Würtenberger äußert Bedenken, ob es bei 6 Mio. Euro zusätzlichen Kosten bliebe. Eventuell könnten 10 Mio. daraus werden. Er frage sich, ob eine so große Halle benötigt werde und ob sich die Stadt das leisten könne. Eine Wirtschaftskrise könnte kommen.

Stadtrat Dieter Zauft meint, dass man abwarten sollte, was an Ergebnissen kommen werde.

37.

Kanalisation Waldkirch: Mehrkosten durch Auftragserweiterung

Oberbürgermeister Albers verweist auf die Sitzungsvorlage und stellt fest, dass es hierzu keine Wortmeldungen gibt.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Kostenentwicklung für die Innere Erschließung des Stadtteils Waldkirch zur Kenntnis. Die aufgezeigten Mehrkosten werden im Deckungsring des Abwasserbetriebes abgedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

38.

**Unterbringung der Fundtiere im Tierheim Steinatal:
Kosten für die Stadt**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Auf seine Nachfrage kommen keine Wortmeldungen.

Oberbürgermeister Albers stellt fest, dass der Gemeinderat von den Ausführungen Kenntnis nimmt.

39.

Spenden

Es liegen keine Spenden vor.

40.

Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

41.

Verschiedenes

**Nachfrage zu Anträgen der SPD in Straßenverkehrsangelegenheiten:
Kupferschmidstraße und fehlendes Gehwegstück Indlekofener Straße in Gurtweil**

Stadtrat Gerhard Vollmer erkundigt sich nach dem Sachstand bzw. der Umsetzung des Beschlusses zu den Anträgen der SPD vom Herbst vergangenen Jahres: der in der Dezember-Sitzung beschlossenen, für die gesamte Kupferschmidstraße durchgehenden Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h und dem fehlenden Gehwegstück in der Indlekofener Straße in Gurtweil. Nachdem die Prüfung durch das Tiefbauamt ergeben

habe, dass die Anlegung des Gehweges zu teuer sei, seien Anfragen von Anwohnern nach einer abgespeckten Lösung gekommen.

Oberbürgermeister Albers antwortet zum Thema Kupferschmidstraße, dass der Gemeinderat zwar einen Beschluss gefasst habe, dies jedoch nicht zwangsläufig heiße, dass es auch so durchgeführt werden müsse. Das Straßenverkehrsrecht sei Angelegenheit der staatlichen Verwaltung und es fehle am Verwaltungsakt. Zuständig in der Sachbearbeitung sei Peter Kienzler.

Bezüglich des Gehweges in Gurtweil teilt er mit, dass der Vorschlag der Betroffenen nicht umgesetzt werden könne. Es würde eine Gefahrenquelle geschaffen, wenn die Maßnahme nicht richtig umgesetzt würde. Die Stadt wäre dann in der Haftung. Der Gemeinderat müsse entscheiden, ob ihm die Errichtung von Stützmauer und Gehweg 80.000 € wert wäre.

Stadtrat Alfred Scheuble äußert sich, dass der Gehweg Thema der letzten Ortschaftsratsitzung gewesen sei. Die ermittelten Kosten seien von zunächst 30.000 € auf 80.000 € angestiegen. Es mache keinen Sinn, den Gehweg dort enden zu lassen. Es sei die Frage, wie viel einem das wert sei. Er sehe in der Sicherheit eine höhere Wertigkeit als in einer Investition für einen luxuriösen Zweck. Dies sei seine Ansicht und wie er meine, sicherlich auch die vieler Anderer.

Zum Thema Kupferschmidstraße erläutert Oberbürgermeister Albers weiter, dass er noch nicht mit Peter Kienzler habe reden können. Die Angelegenheit sei noch nicht entschieden. Herr Mutter, welcher von Seiten der Polizei zuständig sei, sei länger krank gewesen und nun sei Herr Kienzler krank.

Oberbürgermeister Albers stellt die Frage, warum, wenn die Angelegenheit für die SPD so wichtig sei, erst jetzt nachgefragt werde.

Stadträtin Claudia Hecht äußert hierauf, dass sie bereits im Januar bei Peter Kienzler nachgefragt habe. Dieser habe ihr gesagt, dass das Ortsschild versetzt werden müsse. Sie frage sich allerdings, warum man nicht einfach das 70-er-Schild entferne.

Stadträtin Sylvia Döbele regt an, sich die Situation nochmals vor Ort anzusehen.

42.

Fragestunde

Sanierung von Stadthalle und Hallenbad Waldshut

Ein Bürger fragt, ob es nicht möglich sei, dass Waldshut-Tiengen als Große Kreisstadt die übrigen Kreisgemeinden zur Finanzierung der Maßnahme heranziehe.

Oberbürgermeister Albers antwortet hierauf, dass dies nicht möglich sei.

Bebauungsplan „Vordere Rohhalde“

Ein Bürger gibt unter Bezugnahme auf den behandelten Tagesordnungspunkt zu Bedenken, dass Bauland knapp sei und mit Flächen sparsam umgegangen werden müsse. Er regt an, die Erschließung nach und nach vorzunehmen, insoweit mit einzelnen Interessenten Verträge abgeschlossen worden seien. Im Übrigen äußert er die Idee eines zentralen, von mehreren Betrieben gemeinsam zu nutzenden Parkhauses.

Oberbürgermeister Albers erinnert, dass man beim Gewerbepark Hochrhein die Anregung vorgebracht habe, einen Handwerkerhof zu errichten. Es sei nie etwas daraus geworden. Er werde jedoch die Anregungen des Bürgers mitnehmen.